

taz.akademie

Birma? Myanmar? Burma? Ja was denn nun?

Sag, wie du dieses südostasiatische Land nennst, und alle wissen, wo du politisch stehst. So war das bisher: Da sprachen Regimegegner nur von Birma (deutsch) oder Burma (englisch), Juntafreunde nur von Myanmar. Ganz so schwarz-weiß war das zwar nicht, denn Diplomaten waren daran gebunden, das Land so zu nennen, wie es bei der UNO

heißt. Aber klar war auch, dass die nicht vom Volk legitimierten Militärs das Land 1989 einfach in Myanmar umbenannt hatten. So gaben sie sich ein antwestliches Image und stellten ihre Gegner, die an dem aus der Kolonialzeit stammenden Landesnamen festhielten, als Handlanger des Auslands dar. Dabei bedeuten die drei Namen alle das gleiche:

Land der Bamar, wie Birmanen in ihrer Sprache heißen.

Für die elf jungen Journalisten aus diesem Land, die vom 9. bis 17. November am ersten Myanmar-Workshop der taz Panter Stiftung teilnahmen, war der Namensstreit erfrischenderweise kein Thema. Ihr Tenor: „Wir haben wichtigere Probleme.“ Einige davon beschreiben sie hier exklusiv für die taz. Die KollegInnen kamen, um in Berlin Anregungen über die Rolle der Medien in einer Demokratie, über den Umgang mit diktatorischer Vergangenheit und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen zu bekommen. Auch für uns Gastgeber war der Besuch anregend, nicht nur beim Ländernamen.

SVEN HANSEN

„Als Daw Aung San Suu Kyi im Dezember 2010 endlich aus dem Hausarrest entlassen wurde, haben wir zu viel von ihr erwartet. Die Erwartungen, was sie alles tun könnte, waren so hoch, dass sie zwangsläufig enttäuscht werden mussten. Dennoch könnte sie unser Land nach vorne bringen, wenn sie mehr Macht hätte als im Augenblick.“

MYO MYAT MYAT TUN

„Als junger Mensch aus Myanmar will ich unbedingt, dass Aung San Suu Kyi 2015 zur Präsidentin gewählt wird. Obwohl es noch verfassungsrechtliche Hindernisse für ihre Wahl gibt, sie wäre eine fähige Präsidentin, die die Aussöhnung mit den ethnischen Minderheiten voranbringen und den Ruf Myanmar in der Welt verbessern würde.“

AUNG THURA KO KO

„Die Frage, ob Aung San Suu Kyi Präsidentin von Myanmar werden kann, wird vom Artikel 5 der Verfassung aus dem Jahr 2008 bestimmt. Der besagt, dass eine Person, deren Gatte oder Gattin Ausländer ist, nicht Präsident werden kann. Der verstorbene Mann Aung San Suu Kyis war Brite, ihre beiden Kinder sind auch Briten. Aber in der Politik ist nichts unmöglich, man könnte die Verfassung ändern.“

CHIT OO KO KO

„Es wäre die richtige Zeit für Aung San Suu Kyi in ihrer Partei, der Nationale Liga für Demokratie (NLD), Reformen anzustoßen. Die NLD braucht mehr Leute mit politischer und administrativer Erfahrung.“

YAMON PHU THIT

„Aung San Suu Kyi kann nicht an den Friedensverhandlungen zwischen den ethnischen Gruppen und der Regierung teilnehmen. Aber sie hat die moralische Autorität, den für Myanmar so wichtigen politischen Dialog zu fördern, an dessen Ende ein dauerhafter Frieden stehen sollte.“

SITHU ZEYA

„Sie hat moralische Autorität“

AUNG SAN SUU KYI Große Erwartungen an die Friedensnobelpreisträgerin



Aung San Suu Kyi im September 2013 Foto: reuters

„Für die Popularität von Aung San Suu Kyi in Myanmar ist ihr Familienname sehr wichtig. Wenn Menschen in Myanmar ihren Namen hören denken sie an ihren Vater, General Aung San. Er war die führende Figur im Befreiungskampf gegen die Briten 1945.“

HSANM NYEIN

„Aung San Suu Kyi ist auf der ganzen Welt zu einer Ikone geworden. Dies hängt auch damit zusammen, dass sie immer sehr geschmackvoll gekleidet ist und mit ihren Rücken sowie den Blumen im Haar dem traditionellen Stil und der Mode von Myanmar folgt.“

SHWE SIN OO

„Aung San Suu Kyi hat unser Land bekannt gemacht und ihm international ein besseres Image verschafft, aber bei der Lösung interner Konflikte hat sie weniger geleistet. Mitglieder ethnischer Minderheiten oder Menschen, die sich gegen den Kupferabbau durch China wehren, haben deshalb das Vertrauen in sie verloren.“

HSU MEN AUNG

„Anfangs habe ich sie nicht so gemocht, weil sie sehr vorsichtig und zögerlich war, aber dann habe ich sie 2012 im Wahlkampf erlebt und finde, dass sie große moralische Autorität hat. Sie wird dafür kritisiert, dass sie zu den Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen nichts sagt. Ich unterstütze sie dennoch, weil sie etwas riskiert hat und hoffentlich noch mehr riskieren wird.“

KHIN SU WAI



Teure Neubauten am Stadtrand – für Ausländer und Reiche Foto: reuters

Hauptstadt ungezügelter Umbrüche

YANGON Myanmar's Metropole und einstige Hauptstadt kämpft mit schnellem Wachstum



Noch gibt es im Zentrum Yangons viele koloniale Altbauten Foto: ap

VON SHWE SIN OO

Der größte Krach kommt vom Hupen der Autos, selbst wenn sie durch Zonen mit Huperverbot fahren. Autofahrer nehmen Abkürzungen über Bürgersteige, um Staus auszuweichen. Niemand schert sich dabei um die Fußgänger. So ist das täglich an der Kreuzung Anawratha Straße und Sule Pagode Straße, direkt am Sitz des Komitees für Yangons Stadtentwicklung (YCDD).

Die Menschen in der früheren Hauptstadt Yangon (Rangun) fühlen sich vernachlässigt, seit die neue Hauptstadt Naypyidaw 2005 vom damaligen Militäregime bezogen wurde. Heute sind die Hauptprobleme der Bewohner der Hafenmetropole Yangon der stark angestiegene Verkehr, das inadäquate Entwässerungssystem, teure Wohnungspreise und Wohnraumangel, das schlechte Nahverkehrssystem, die man-

gelnde Infrastruktur und die vielen Stromausfälle. „Es ist so mühsam in Yangon zu überleben. So war es früher nicht“, klagt der 30-jährige Taxifahrer Ko Myint Kyaw über die Verkehrsprobleme.

Zu viele neue Autos

Die verschärften sich vor drei Jahren, als plötzlich jeder eine Importerlaubnis für Autos bekommen konnte, ohne dass die Regierung von Thein Sein ein angemessenes System des Verkehrsmanagements entwickelt hätte. Vom 25. Oktober 2011 bis 24. September 2013, also in knapp zwei Jahren, stieg laut Handelsministerium die Zahl der Autos in Yangon von zuvor 300.000 um weitere 210.000.

Erst jetzt gibt es Vorschläge, das Bahnsystem auszubauen, mehr Busse zu importieren und ein funktionsfähiges Straßennetz aufzubauen. Schon vor einem Jahr hatte das Stadtentwick-

lungskomitee JCDC zusammen mit Japans Entwicklungsgesellschaft Jica eine Modernisierung des Bahnsystems und die Einführung eines Busspursystems angekündigt. Auch sollten 3.000 Doppeldeckerbusse aus Japan beschafft werden. Doch die Umsetzung dieser Pläne hat immer noch nicht begonnen.

Die fehlende städtische Infrastruktur kann die großen Investitionen behindern, die seit Beginn der Reformen ins Land kommen. „Wenn ein verarbeitendes Unternehmen hier investieren will, erhöht der Mangel an Infrastruktur sicher ihre Produktionskosten“, sagt Masaki Takahara von der japanischen Handelsorganisation Jetro. Yangon könnte zu einer zentralen Wirtschafts- und Tourismuszone werden. Doch um den alten Stolz der Stadt wiederherzustellen, bräucht es enormer finanzieller Mittel.

Während der Regenzeit gibt es Überschwemmungen in allen 45 Bezirken der Stadt. Denn es fehlt ein adäquates Entwässerungssystem. „Jeden Tag während der Regenzeit dringt Wasser in mein Haus ein, selbst wenn es nicht so stark regnet. Manchmal schwimmen Schlangen oder Insekten im Wasser, und dann ist es besonders schlimm für uns“, sagt Frau Thiri aus dem Bezirk Tharkata. Die Bezirke Myankone, Hlaing, Nord- und Süd-Oakkalapa sind besonders berüchtigt für ihre Überflutungen. Laut dem Berater des Stadtplanungsausschusses Kyaw Latt sind vor allem fehlende Fluttore in Yangons Abflusskanälen die Hauptsache für die schweren Überschwemmungen in der Regenzeit.

Wohnungsmangel

Weil jetzt schon zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes in Yangon leben, ist die

schnell wachsende Einwohnerzahl zu einer großen Herausforderung für das urbane Management geworden. Der Mangel an Wohnraum kann wegen der durch Spekulation angeheizten Preise nicht so einfach beseitigt werden. Mit der politischen Transformation hat Yangon einen der teuersten Immobilienmärkte Asiens bekommen. Die Bevölkerungszahl ist von 2,47 Millionen im Jahr 1988 auf 5,14 Millionen 2011 gestiegen. Laut dem Entwicklungsausschuss der Stadt wächst deren Bevölkerung dreimal schneller als der Wohnraum. So wurden im Schnitt der letzten Jahre nur 7.200 Wohnheiten jährlich neu gebaut, während jeweils 23.000 Familien neu in die Stadt zogen.

„Wenn die Regierung nicht schnell handelt, entwickelt sich das Wohnungsproblem zu einer Zeitbombe“, sagt ein Mitarbeiter des Entwicklungsausschusses. Auch

dürften dann die Probleme der Stadt im Umgang mit denjenigen wachsen, die einfach widerrechtlich städtische und öffentliche Grundstücke besetzen. Die Regierung der Region Yangon, das Stadtplanungsausschuss und Japans Jica-Agentur haben eine Zukunftsvision und einen strategischen Masterplan erstellt: das Groß-Yangon Stadtentwicklungsprojekt vom März 2013.

Mit der Reformperiode hat die Regierung viele Entwicklungsprojekte überall im Land begonnen. Aber es ist eine große Herausforderung, diese umzusetzen. Das wird durch die noch vorherrschende Mentalität des alten Militäregimes behindert und durch das Fehlen starker Institutionen in der Verwaltung. So werden viele Projekte gar nicht realisiert oder mitten in der Umsetzung gestoppt. Vor allem das Bevölkerungswachstum verlangt jetzt große Aufmerksamkeit.

Sonderseiten der taz Panter Stiftung

mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes und der Heinrich Böll Stiftung



Auswärtiges Amt

taz.panterstiftung

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Ende der Vorkurs: Frau bei der Lektüre einer Wochenzeitung mit Aung San Suu Kyi auf dem Titel Foto: ap

Sprachlose Sprecher

MEDIEN I Die langjährige Feindschaft zwischen Junta und Medien prägt noch heute die Einstellung vieler neuer Regierungssprecher

VON YAMON THU THIT

Trotz größerer Pressefreiheit ist die Zurückhaltung von Ministeriumssprechern, überhaupt mit uns Journalisten zu reden, ein großes Problem. Die sogenannte Zivilregierung von Thein Sein gab zwar den Medien erstmals in 50 Jahren einen Freiraum. Aber die fortgesetzte Feindschaft zwischen Offiziellen und Medien unterminiert das Recht der Bevölkerung auf Information. Nach dem die Verfassung des Militärs 2008 in einem umstrittenen Referendum abgesegnet worden war, brachten die Medien 2010 Ex-Militärs unter dem früheren Premierminister Thein Sein ins Amt – die erste gewählte Zivilregierung seit Jahrzehnten. Um sich als Reformen zu legitimieren, beendete Thein Sein die Zensur und ernannte erstmals Pressesprecher in allen Ministerien. Aber deren Einstellung ist noch immer von der jahrzehntelangen Feindschaft zu den Medien geprägt.

Das Militärregime ist mit Journalisten hart umgesprungen. Die Generale unterdrücken die Medien mit Erlassen und Sondergesetzen und sperren Journalisten ein. Der frühere Informationsminister, Brigadegeneral Kyaw San, verfuhr in seinem Ministerium nach dem Motto: „Die Medien mit den Medien angreifen.“ Er führte Lizenz

ein und ließ seine Günstlinge Medien betreiben. Journalisten mussten wegen der Zensur hart kämpfen, um relevante Informationen zu veröffentlichen. Damals wurde die Pressearbeit als „Medien-Kampfliste“ bezeichnet, benannt nach der brutalen Militärpolizei der japanischen Besatzer im Zweiten Weltkrieg. Thein Sein führte schnell Änderungen im Medienbereich ein. Er ersetzte 2012 den unbefähigten und unethischen Arbeitsleiter durch Trainings zu verbessern. Aber laut den Trainern ist ein Haupthindernis der Sprecher ihre Angst vor Bestrafung, sollten sie etwas Falsches sagen. Zur Medienallergie auf Regierungseliten trägt bei einigen Journalisten mangelnde Professionalität und unethische Arbeitsweise. Die meisten Beschwerden gibt es, wenn bei zugespitzter Vertraulichkeit doch die Quelle genannt und wenn ungenau mit Fakten umgegangen wird. So wie Myanmar's Regierungssprecher wenig Erfahrung im Umgang mit Medien haben, so alle die internationalen Medienorganisationen selbst kaum eigene journalistische Erfahrung. Nach Meinung von Journalisten sind die Medien am feindselichsten gesonnenen Ministerien die für Verteidigung, Bildung und Bergbau. Auch einige Behörden des Innen- und Auslands als Schritt zu mehr Pressefreiheit gewertet.

40 neue Sprecher
Doch obwohl die Regierung seit 2012 rund 40 Generaldirektoren, stellvertretende Generaldirektoren und Direktoren zu Sprechern von mehr als 30 Ministerien ernannte, kommunizieren nach Meinung der Journalisten nur wenige mit den Medien. Das Informationsministerium hat versucht, die Public-Relations-Fähigkeiten der Sprecher

zu verbessern. Aber laut den Trainern ist ein Haupthindernis der Sprecher ihre Angst vor Bestrafung, sollten sie etwas Falsches sagen. Zur Medienallergie auf Regierungseliten trägt bei einigen Journalisten mangelnde Professionalität und unethische Arbeitsweise. Die meisten Beschwerden gibt es, wenn bei zugespitzter Vertraulichkeit doch die Quelle genannt und wenn ungenau mit Fakten umgegangen wird. So wie Myanmar's Regierungssprecher wenig Erfahrung im Umgang mit Medien haben, so alle die internationalen Medienorganisationen selbst kaum eigene journalistische Erfahrung. Nach Meinung von Journalisten sind die Medien am feindselichsten gesonnenen Ministerien die für Verteidigung, Bildung und Bergbau. Auch einige Behörden des Innen- und Auslands als Schritt zu mehr Pressefreiheit gewertet.

Die Verantwortung der Journalisten

MEDIEN III Viele kennen die Pflichten noch nicht, die zur neuen Freiheit gehören

VON CHIT OO KOKO

Eines Nachts im Oktober sind Unbekannte in die Redaktionsräume des *Sun Light Journals* in Yangon eingedrungen. Sie nahmen 14 Computer mit und mehr als 600 Exemplare der Zeitschrift. In den sozialen Medien gab es heftige Berichte, dass die Diebe angeführt wurden von Nay Swe Thwe Aung, auch Phoe La Pyae wurde genannt, einem Enkel des Juntachefs General Than Shwe. Unter den Begleitern soll auch der Sohn des Handelsministers gewesen sein. In den sozialen Netzwerken, wo der Vorfall meist als Angriff auf Myanmar's Medien verwertet wurde, gab es heftige Reaktionen. Doch später kam heraus, dass der Eigentümer der Zeitschrift, U Yu Naing, bei dem Vorfall dabei war. Doch waren schon Artikel im *Sun Light Journal* erschienen,

die Günstlinge der früheren Junta angegriffen und bei dem Vorfall eine Verbindung zwischen Myanmar's Minister Ministerium und Phoe La Pyae gezogen hatten. Deshalb entschuldigten sich die Anteilseigner des Magazins und die Redaktion öffentlich für ihre unethischen Berichte und beschlossen die Einstellung des Journals. Zugleich wurde der Chefredakteur kritisiert, Artikel publiziert zu haben, welche die journalistische Sorgfaltspflicht und die Hausregeln verletzen. Eigentümer U Yu Naing erklärte: „Der Chefredakteur verstieß gegen die Regeln, obwohl wir ihn gewarnt hatten, niemandem Kontakt anzugehen.“ Myanmar's Journalistenverband erklärte, unethisches Verhalten von Journalisten sei inakzeptabel. Myanmar's Medien gehören inzwischen zu den freiesten in

Südostasien. Doch wegen jahrelanger Isolation und Diktatur sowie des geringen Ausbildungsstands der Journalisten gibt es solche inakzeptablen persönlichen Angriffe und völlig subjektiven Berichte. Weil zugleich der Rechtsstaat noch schwach ist, werden Gesetze fehlen, die in Verleumdungsfällen greifen, gefährdet dies die neu gewonnene Medienfreiheit. Noch kennen viele Medien die Verantwortung und Pflichten nicht, die mit den neuen Freiheiten verbunden sind – oder sie wollen sie nicht berücksichtigen. Der Chefredakteur von *Wang Chronicle*, Soung Oo Ko Ko, hofft, „dass mit fortschreitender Konsolidierung der Demokratie die Boulevardmedien, die keine ethischen und journalistischen Grundsätze haben, Einfluss verlieren und nur die professionellen Medien übrig bleiben.“

Kein Happy End für Exilmedien

MEDIEN II Mit der neu gewonnenen Freiheit verloren die Exilmedien ihr Monopol auf unzensurierte Nachrichten. Der Wettbewerb hat sich verschärft

VON SI THU ZEYA

In der Übergangszeit des sogenannten Frühlings von Myanmar sind Exilmedien, die zuvor in der dunkelsten Zeit des Landes der Bevölkerung gedient haben, in die Heimat zurückgekehrt. Doch sind sie dort mit einer unsicheren Zukunft konfrontiert. Der Militärputsch nach dem gescheiterten Volksaufstand von 1988 hatte Tausende Studenten und Aktivisten zur Flucht in den Dschungel und in den bewaffneten Kampf getrieben. Viele gingen auch diesen Weg, nachdem sich die Militärräuber 1990 geweiht hatte, den Wahlen von Aung San Suu Kyis Nationaler Liga für Demokratie anzukerben. Nach Jahren der zerbombten bewaffneten Revolution fanden sich einige Aktivisten als Journalisten in Exilmedien wieder – im benachbarten Thailand oder gar in westlichen Ländern. Sie legten die Waffen nieder, um fortan mit Artikeln in ihr Regimewechsel zu kämpfen.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang hielten die Generale in Myanmar die ganze Gesellschaft mit einem eisernen Vorhang von Nachrichten und Informationen ab. Während die lokalen Medien unter strenger Kontrolle der Vorkursur standen, warfen die Generale jene Journalisten und Autoren hinter Gitter, die es wagten, das Volk zu informieren. In Myanmar's dunkelsten Zeit konnten die Menschen nur von den Exilmedien die Wahrheit erfahren. Dank billiger Radiogeräte und Internetzugang sind die Menschen in Myanmar nachts über Exilmedien, was in ihrem Land wirklich vor sich ging. Morgens erzählten sie dann ihren Freunden, Nachbarn und Kollegen, was sie gehört hatten. Zu der Zeit hielten die Exilmedien die „Flamme der Hoffnung“ des ganzen Landes am Leben. Später kamen auch noch Onlinemedien und der Exil-TV-Sender Demokratische Stimme Bir-

Ehemalige Feinde kooperieren jetzt in der neuen Medienlandschaft

zukommen. Regierungen westlicher Staaten ändern nicht nur ihre Politik gegenüber der neuen Regierung und schwächen die Sanktionspolitik, sondern fordern auch die Exilmedien auf, einen anderen Ton anzuschlagen. Geldehrer forderten die Exilmedien auf, die in die Heimat zurückzukehren. Ab 2010 kehrten Journalisten allmählich auch nach Hause zurück. Erstmals konnte Hörer und Zuschauer in Myanmar ihre Hel- den persönlich hören und sehen, die sie bisher nur aus fernem Exil- medien kannten. Aber das bedeutet kein Happy End. Mit ihrer bisherigen Abhängigkeit von Spenden und Zuwendungen ist es für die Exilmedien eine große Herausforderung, jetzt in dem



Kämpfer der Kachin Independence Army (KIA) in Laiza Foto: ap



VON AUNG THURA KO KO UND HSU MON AUNG

Die von den Militärs gestützte Zivilregierung hat seit ihrem Amtsantritt im März 2011 Waffenstillstände mit einem Dutzend ethnischer bewaffneter Gruppen geschlossen. Außen vor blieb aber die Unabhängigkeitsarmee der Kachin (KIA). Die Regierung erzielte bei Treffen mit KIA-Führern zwar einige Fortschritte, ein Waffenstillstand gelang aber noch nicht. Deshalb geht es im Norden des Landes noch immer Kämpfe. Die Bürger in den ethnischen Gebieten sind nicht nur von Kugeln und Granaten bedroht, sondern auch durch Zwangsarbeit. Angehörige der Minderheiten müssen in sogenannten „Modelldörfern“, umgesiedelten Orten oder in Infrastrukturprojekten der Regierung arbeiten – obwohl Myanmar die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO gegen Zwangsarbeit unterzeichnet hat. Der Besitz von Land ist politisch und wirtschaftlich heikel. Myanmar's Bevölkerungsmehrheit lebt von der Landwirtschaft, die 43 Prozent der Wirtschaft ausmacht. Acker und Felder gehören dem Staat, Bauern haben nur das Recht, sie zu bearbeiten. Das Land kann ihnen jederzeit genommen werden, wie es oft in den letzten Jahrzehnten geschah. Die Medien nennen das schlicht „Landraub“. Fast täglich protestieren Opfer dagegen. Im März 2012 wurden zwei neue Landgesetze verabschiedet, die eigentlich die Rechte der Bau-

ern schützen sollten. In Wahrheit aber bieten sie kaum Schutz, sondern erleichtern sogar noch den Landraub, wie Aktivisten behaupten. Nach Ansicht von Fachleuten befassen sich die Gesetze nicht mit dem sogenannten Wanderfeldbau, den viele Minderheiten in den Grenzregionen praktizieren. Die Gesetze erlauben der Regierung, solche Ländereien als „nicht bewohnt“ zu bezeichnen und es Unternehmen für große Infrastrukturprojekte zu überschreiben. Ein Bericht der Menschenrechtsgruppe des Karen-Volkes zeichnet ein ähnliches Bild. Das Tempo des ausbeuterischen Landraubs durch lokale und ausländische Kräfte hat nach dem Waffenstillstand im Januar zugenommen. In mehr als sechs Jahrzehnten Krieg zwischen der Regierung und der Karen-Nationalunion (KNU) beendeten. Myanmar's Parlament erwägt, die Rechte der ethnischen Minderheiten durch Verfassungsänderungen besser zu schützen. Ein föderales System sei im Gespräch, berichten Abgeordnete. Das Verfassungsänderungen für den größeren Schutz von Minderheiten ausarbeiten soll sowie neue Paragrafen, die es Oppositionsführer Aung San Suu Kyis erlauben könnten, fürs Präsidentenamt zu kandidieren. Bislang sind Kandidaten verboten, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren. Das Komitee dominiert allerdings die Regierungspartei: 50

Das Leiden der Völker

MINDERHEITEN Die ethnischen Volksgruppen hoffen auf mehr Rechte, doch neue Landgesetze erleichtern sogar den Landraub

ern schützen sollten. In Wahrheit aber bieten sie kaum Schutz, sondern erleichtern sogar noch den Landraub, wie Aktivisten behaupten. Nach Ansicht von Fachleuten befassen sich die Gesetze nicht mit dem sogenannten Wanderfeldbau, den viele Minderheiten in den Grenzregionen praktizieren. Die Gesetze erlauben der Regierung, solche Ländereien als „nicht bewohnt“ zu bezeichnen und es Unternehmen für große Infrastrukturprojekte zu überschreiben. Ein Bericht der Menschenrechtsgruppe des Karen-Volkes zeichnet ein ähnliches Bild. Das Tempo des ausbeuterischen Landraubs durch lokale und ausländische Kräfte hat nach dem Waffenstillstand im Januar zugenommen. In mehr als sechs Jahrzehnten Krieg zwischen der Regierung und der Karen-Nationalunion (KNU) beendeten. Myanmar's Parlament erwägt, die Rechte der ethnischen Minderheiten durch Verfassungsänderungen besser zu schützen. Ein föderales System sei im Gespräch, berichten Abgeordnete. Das Verfassungsänderungen für den größeren Schutz von Minderheiten ausarbeiten soll sowie neue Paragrafen, die es Oppositionsführer Aung San Suu Kyis erlauben könnten, fürs Präsidentenamt zu kandidieren. Bislang sind Kandidaten verboten, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren. Das Komitee dominiert allerdings die Regierungspartei: 50

sehen vor, statt den früheren birmanischen Generalen Angehörigen von Minderheiten das Recht zu geben, die Regierung in den Bundesstaaten zu bilden. Zwei Möglichkeiten werden diskutiert: ein föderales System einzuführen: 1. Eine vollständige neue Verfassung zu schreiben oder 2. die derzeitige Verfassung zu ändern. Zahlreiche Abgeordnete glauben, dass die zweite Variante die einfachere ist. Auf jeden Fall müssen die Rechte der Minderheiten besser geschützt werden, sagt Shwe Mann, einst hochrangiges Mitglied des früheren Regimes, der nächster Präsident des Landes werden will. Myanmar's Regierung erkennt acht größere ethnische Minderheiten und viele Untergruppen an. Insgesamt 135. Das frühere Regime lehnte föderale Tondaten immer ab, weil dies angeblich Sezessionsismus ermutige. Myanmar's Parlament hat inzwischen ein 109-köpfiges Komitee, das Verfassungsänderungen für den größeren Schutz von Minderheiten ausarbeiten soll sowie neue Paragrafen, die es Oppositionsführer Aung San Suu Kyis erlauben könnten, fürs Präsidentenamt zu kandidieren. Bislang sind Kandidaten verboten, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren. Das Komitee dominiert allerdings die Regierungspartei: 50

„Wir brauchen eine Verfassung, die ein föderales System vorsieht“

RAGU NE MYINT, AKTIVIST

geschützt werden, sagt Shwe Mann, einst hochrangiges Mitglied des früheren Regimes, der nächster Präsident des Landes werden will. Myanmar's Regierung erkennt acht größere ethnische Minderheiten und viele Untergruppen an. Insgesamt 135. Das frühere Regime lehnte föderale Tondaten immer ab, weil dies angeblich Sezessionsismus ermutige. Myanmar's Parlament hat inzwischen ein 109-köpfiges Komitee, das Verfassungsänderungen für den größeren Schutz von Minderheiten ausarbeiten soll sowie neue Paragrafen, die es Oppositionsführer Aung San Suu Kyis erlauben könnten, fürs Präsidentenamt zu kandidieren. Bislang sind Kandidaten verboten, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren. Das Komitee dominiert allerdings die Regierungspartei: 50

Religiöse Gewalt bedroht Reformen

MUSLIME/BUDDHISTEN Die gewalttätigen Konflikte schüren das Misstrauen auf beiden Seiten

VON NYO MYAT MYAT TUN

Brutale Zusammenstöße zwischen der buddhistischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit haben schon Hunderte Menschenleben gefordert. Die meisten Toten waren Muslime. Gelobt, ohne dass etwas passiert. Nun häufen sich die Zwischenfälle. Er zieht eine Verbindung zum buddhistischen 969-Bewegung, die das Land mit Hass-Reden überziehe. „Sie ist sehr populär.“ Die 969-Bewegung lehnt die Verantwortung ab. Sie ist einationalistische, antimuslimische Gruppe, angeführt vom Mönch Wirathu. Die Zahl 969 bezieht sich auf Eigenschaften Buddhas, seine Lehre und die der Mönche. Wirathu wirbt für ein Gesetz, dass Buddhisten verbietet, Parteinahme an Glaubensrichtungen. Er hat bereits vier Millionen zu beenden. „Einige Gruppen haben den Konflikt vorsätzlich angeblasen. Er spricht bestimmte Gefühle in der Bevölkerung an, die beide Seiten nicht beherrschen können“, meint der angenehme Mönch Ashin Kumara aus dem Alodawpyae-Kloster. Die Folge sei ein Vertrauensverlust zwischen den Gemeinschaften, die sich nicht nur weigern, wieder miteinander zu leben, sondern auch Geschäfte miteinander abzulegen. Das Parlament von Myanmar hat die Vorfälle bislang noch nicht diskutiert. Auch Aung San Suu Kyi kommentierte sie gegenüber den Medien bisher nur indirekt. Ansonsten schweigt sie dazu lieber.



Demonstration gegen eine Delegation der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die über antimuslimische Gewalt sprechen will Foto: ap

Unterschriften gesammelt. Die Regierung, klagt Myint Thein, habe bislang niemanden bestraft. Wir haben zwar keine konkreten Beweise, aber die Auslöser für die Übergriffe ähneln sich, so dass wir vermuten, dass einige Gruppen vorsätzlich handeln.“ Oppositionsführer Aung San Suu Kyi führt die Probleme unter anderem auf die gegenseitige Furcht zurück, die auf beiden Seiten herrsche. Die Spannungen würden ihrer Ansicht nach noch durch das weltweite Gefühl angeheizt, dass sich die Islam althenalthen ausbreite. In jüngster Zeit hat sich Präsident Thein Sein mit Führern derer Religionen getroffen und sie aufgedordert, das Blutvergießen



Sie haben diese Beilage geschrieben: Die elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Myanmar-Workshops der taz Panter Stiftung im November in Berlin. Foto: Anja Meber

VON NI NI MYINT

Es war eine heiße Nacht im November 2000, als ich beinahe mein Elternhaus anzündete. Ich war 15 Jahre alt, lag auf dem Bett und machte meine Hausaufgaben. Dann fielen mir die Augen zu. Die Flamme der Kerze erfasste das Moskitonetz. Doch zum Glück konnten wir das Feuer rechtzeitig löschen.

Ich stamme aus dem kleinen Dorf Seik Gyi, 177 Kilometer entfernt von der ehemaligen Hauptstadt Yangon. Immer schon haben die Bewohner meines Dorfes Kerzen und Öllampen angezündet. Eineinhalb Kilometer weiter, in dem größeren Ort Sharkhe, da gab es sogar elektrischen Strom. Aber die Glühbirnen dort nannten wir nur „Tomatenlicht“, weil sie im Dunkeln so schwach leuchteten wie Tomaten.

Ich hatte nie darüber nachgedacht, wie wichtig Elektrizität war, bevor ich 2002 zum Studium nach Yangon zog. Plötzlich konnte ich fernsehen, wann immer ich wollte. In meiner Heimat aber lief unser kleiner Schwarz-Weiß-Fernseher mit Batteriestrom. Mein Großvater, der 84 Jahre alt wurde, war süchtig nach den TV-Nachrichten. Danach pries er die Regierung, die Brücken und Straßen baute. Über Stromleitungen sagte er nie etwas, obwohl er manchmal nicht die Nachrichten schauen konnte, weil wir die Batterie zum Aufladen weggegeben hatten.

Reiches armes Land

Ich habe früher auch nie darüber nachgedacht, warum wir in unserem Dorf keinen Strom hatten. Die Fragen kamen mir erst, als ich anfing, als Journalistin zu arbeiten. Und es wurden immer mehr Fragen, nachdem ich 2007 von einem Besuch aus Bangkok zurückgekehrt war. Die staatlichen TV-Sender erklärten mir ständig, wie reich Myanmar an Naturschätzen wie Gas, Teak, Rubine und Jade ist. Aber warum war unser Lebensstandard viel schlechter als in Bangkok? Nach und nach begriff ich, was es hieß,

von einem Militärregime regiert zu werden – und was dies für mein Land bedeutet.

Im Jahr 2011 begannen Reformen im Land. Präsident Thein Seins Regierung zurrte die Neuerungen in vielen Bereichen fest, aber natürlich ist alles noch im Fluss. Ausländische Investoren schauen auf Myanmar mit seinen unendlichen Rohstoffquellen, seiner tüchtigen jungen Bevölkerung und seinen billigen Arbeitskräften. Aber ein Problem gibt es: die Versorgung mit elektrischem Strom.

Im vorigen September besuchte ich den Rakhaing-Staat im Westen Myanmars, wo Konflikte zwischen verschiedenen Ethnien und Muslimen ausgebrochen waren. Nahe der Stadt Kyauk Phyu fördert der koreanische Daewoo-Konzern Gas, das nach China verkauft wird. Die Chinesen haben eine Pipeline



Anlage in Kyaukphyu (Rakhaing-Staat), von der die neue Pipeline Gas von Myanmar nach China bringt

Im Schein des Tomatenlichts

ELEKTRIZITÄT Obwohl viele Birnesen noch gar keinen Zugang zu Strom haben, wird viel Energie nach China exportiert. Inzwischen regt sich dagegen Widerstand

von hier in die Provinz Yunnan gebaut. Parallel dazu läuft eine Leitung für Rohöl, das aus dem Nahen Osten angelandete wird.

Jährlich sollen zwölf Milliarden Kubikmeter Gas nach China gepumpt werden, 20 Prozent beträgt der Anteil Myanmars. Er soll dafür genutzt werden, die Häuser im Rakhaing-Staat und in anderen Gebieten zu beleuchten.

Aber im Rakhaing sind die Strompreise unglaublich hoch. In den Städten Rambre, Sittwe und Taungpu müssen die Menschen drei Cent pro Einheit bezahlen, wenn sie weniger als zehn Einheiten verbrauchen. Bei über zehn Einheiten steigt der Preis auf 44 Cent. Die Stromgesellschaft ist mit der Regierung eng verbunden. Also fragen sich die Anwohner: „In dieser Region gibt es reichlich Gas. Die Militärregierung hat fast alles verkauft.



Chinesen beim Bau des Ölhafens vor Kyaukphyu (Rakhaing), dessen Pipeline nach China führt

„Sie sind sehr geschäftstüchtig“

CHINA Der große Einfluss des mächtigen Nachbarn bereitet immer mehr Birnesen Unbehagen

VON KHIN SU WAI UND HSANN NYEIN

Der historische Besuch von US-Präsident Barack Obama in Myanmar im Mai dieses Jahres hat das Verhältnis zu einem ganz anderen Land in den Blickpunkt gerückt: zu China. Die traditionell gute Verbindung zu dem mächtigen Nachbarn im Norden ist in letzter Zeit brüchig geworden. China habe zu großen Einfluss auf Myanmar, lautet die Kritik. Es nutze die Situation aus, um Rohstoffe zu billig einzukaufen.

Der Streit entzündet sich auch an chinesischen Großprojekten wie dem Staudamm Myitsone am Irrawaddy, an Öl- und Gaspipelines sowie an der Kupfermine Letpadaung im Kachin-Staat. Die Projekte verschmutzen die Umwelt und sind mit Menschenrechtsverletzungen verbunden, lauten die Vorwürfe. Bei der Kupfermine etwa seien Menschen ohne Entschädigung von ihrem Land vertrieben worden.

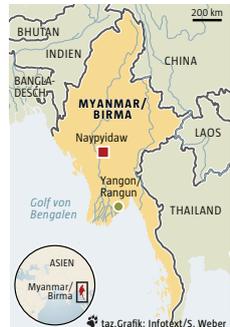
Dies alles führte 2011 zur Entscheidung, den Bau des Myitsone-Staudamms zu stoppen, für



Schüler posieren vor dem Gasterminal in der Stadt Kyaukphyu (Rakhaing-Staat) Fotos: Ni Ni Myint

Myanmar in Zahlen

Einwohner: 55,2 Millionen
Bevölkerung: 135 Ethnien. Birmanen (68 Prozent), Shan (9), Karen (7), Rakhine (3,5), Chinesen (2,5)
Religion: Buddhisten (87 Prozent), Christen (6), Muslime (4)
Lebenserwartung: 65,6 Jahre
Alphabetisierung: 92,7 Prozent
Pro-Kopf-BSP/Jahr: 915 Dollar
Exporte: Thailand (40 Prozent), Indien (15), China (14) : Gas, Holz, Fisch, Reis, Kleidung, Edelsteine
Importe: China (37 Prozent), Thailand (20), Singapur (9) : Stoffe, Ölprodukte, Dünger, Maschinen



den 10.000 Menschen hätten umgesiedelt werden müssen. Schließlich ist der Irrawaddy „die Hauptschlagader Myanmars“, sagt der Journalist Aung Myint Myint aus der Stadt Sagaing.

Myanmar bemüht sich inzwischen um die Aufmerksamkeit vieler Regierungen, darunter gerade auch die asiatischen. Es wirbt vor allem um Indien, mit dem es eine lange Grenze teilt. Und es streckt seine Fühler nach Japan und den Asean-Staaten aus. Doch weiterhin spielt China eine überragende Rolle im „Goldenen Land“. Knapp 95.000 chi-

nische Touristen kamen 2012. In Mandalay, Myanmars zweitgrößter Stadt, sind die Hälfte aller registrierten Ausländer Chinesen. Nicht eingerechnet sind Hunderttausende ethnischer Chinesen, die hier schon lange leben. Vermutlich weitere 1,6 Millionen chinesische Staatsbürger leben illegal im Land.

Chinesisches Mandalay

Die Rolle der Chinesen in Myanmars Gesellschaft werde auf allen Ebenen immer deutlicher, sagt Ko Wunna aus dem nördlichen Myitkyna. „Und sie sind

sehr geschäftstüchtig.“ Der prominente Pop-Sänger Lin Lin drückt die verbreitete Sorge, Mandalay könne zur chinesisch geprägten Stadt werden, in dem Lied „Königsstadt – Mandalay wurde begraben“, aus.

Chinesische Megaprojekte lockten Tausende Arbeiter an. Allein die kombinierte Öl- und Gaspipeline brachte für Hunderttausend Chinesen Lohn und Brot in Myanmar. Die Folgen für kleine und mittlere Geschäfte sind nicht zu übersehen: Ma Ei Eis Phyus Juwelierladen in Mandalays 80. Straße nimmt 10.000

Wir bleiben im Dunkeln oder müssen Unmengen bezahlen. Ist das etwa fair?“ 29 Kraftwerke arbeiten in Myanmar – 18 Wasserkraftwerke, eines wird mit Kohle befeuert, der Rest mit Gas. Aber die zehn Gaskraftwerke produzieren nur 340 Megawatt im Jahr für den lokalen Verbrauch.

China hat versucht, den Irrawaddy-Fluss mit sieben Dämmen zu stauen. Das Myitsone-Projekt ist der größte davon. Aber nach massiven Protesten der Bevölkerung hat Präsident Thein Sein den Bau 2011 gestoppt. Wäre er errichtet worden, hätte Myanmar nur zehn Prozent des Stroms erhalten, der Rest wäre nach China geflossen.

Wenig Strom, dafür teurer

Mehr als ein Viertel der Menschen in Myanmar leben nach Erkenntnissen der Weltbank unter der Armutsgrenze. 70 Prozent haben keinen Zugang zu Strom. In ländlichen Gebieten, wo die Mehrheit der Armen lebt, sind nur 16 Prozent der Haushalte überhaupt an das Elektrizitätsnetz angeschlossen.

Am 29. Oktober dieses Jahres hat die Regierung den Strompreis erhöht, um Verluste auszugleichen. Wenn die Kunden mehr als 100 Einheiten abnehmen, müssen sie nun vier statt drei Cent pro Einheit zahlen. Das sei im Vergleich zu anderen Ländern billig, erklärt das Elektrizitätsministerium. Aber seitdem fällt der Strom in Yangon öfter aus.

Mein Heimatdorf war nicht dabei, als jüngst 4700 Dörfer (von insgesamt 68.000) ans Stromnetz angeschlossen wurden. Meine Eltern müssen noch immer private Generatoren nutzen, die jeden Tag von sechs Uhr morgens bis 22 Uhr Strom erzeugen. Das kostet sie fast viereinhalb Euro im Monat. Der Strom reicht nur für einen Farbfernseher und zwei Lampen. Für ein besseres Leben, für eine bessere Wirtschaft in unserem Land ist Elektrizität entscheidend. Wann bekommt das ganze Land endlich Strom? Bleibt er für die Landbevölkerung nur ein Traum?

US-Dollar mehr am Tag ein, wenn ein Bus chinesischer Touristen in die Stadt rollt. Mit Sorge sehen die Birnesen auch den Menschenhandel. Mädchen aus Myanmar werden nach China verkauft, wo sie gezwungen werden, Chinesen zu heiraten.

China investiert weniger

China ist Myanmars stärkster Handelspartner, beide Länder tauschten 2012/2013 Waren im Wert von 5,1 Milliarden US-Dollar aus. Doch offizielle Daten zeigen, dass die engen Beziehungen lockerer werden. Von 2008 bis 2011 investierte China 12 Milliarden US-Dollar, 2012 bis 2013 schrumpfte die Summe auf 407 Millionen US-Dollar.

Chinas Botschafter in Myanmar, Yang Houlan, spielt diesen Rückgang herunter: Die Rolle kleinerer und mittlerer chinesischer Unternehmen in der Textilindustrie, der Telekommunikation und der Leichtindustrie nehme nach wie vor zu, sagte er kürzlich. Trotz wachsender Opposition in Myanmar werden in den kommenden Jahren wohl weitere Chinesen in das Goldene Land ziehen. Die Beziehungen zu China dürften stark bleiben – wenn auch von Kontroversen und Streit überschattet.

Redaktion: Sven Hansen
Mitarbeit: Andreas Lorenz, Michael Sontheimer
Layout: Nadine Fischer
Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.